

International

Nicht mal jeder Zweite kann ohne Hilfe leben

Syrien In der Unruheprovinz Idlib schränkt nicht nur der Krieg die humanitäre Hilfe für die leidenden Menschen ein. Auf ein Schweizer Kinderhilfswerk wurde ein Brandanschlag verübt.

Kurt Pelda

Eigentlich bedeutet das Abkommen zwischen Russland und der Türkei über die Einrichtung einer Pufferzone eine Atempause für die geplagte Zivilbevölkerung in Syriens unruhigem Nordwesten. In der Provinz Idlib und angrenzenden Gebieten, die immer noch mehrheitlich von islamistischen Aufständischen und Jihadisten kontrolliert werden, leben laut Schätzungen der humanitären Genfer Denkfabrik Reach etwa 3,3 Millionen Menschen, unter ihnen 1,3 Millionen Vertriebene. Viele davon gehören zu den mehr als 11 Millionen Syrern, die in ihrem Heimatland auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind. Das entspricht einem Anteil von über 60 Prozent der Bevölkerung, mehr als in den schlimmsten afrikanischen Kriegsgebieten.

Aus den vom Assad-Regime kontrollierten Landesteilen kommt praktisch keine Hilfe nach Idlib, obwohl viele der grossen westlichen Nichtregierungsorganisationen in Damaskus akkreditiert sind. Nahrungsmittel und andere Hilfsgüter gelangen vor allem über Bab al-Hawa, das Tor des Windes, ins Land. Es ist der einzige geöffnete Grenzübergang zwischen der Türkei und Idlib. Den Rest der Grenze hat Ankara mit einer Mauer abgeschirmt, um ein weiteres Überschwappen des Flüchtlingsstroms zu verhindern. Die Türkei hat bereits rund 3,5 Millionen Syrer aufgenommen, so viele wie kein anderes Land.

Die Hälfte sind Flüchtlinge

Auch das kleine Kinderhilfswerk Noah im Baselbieter Pratteln bringt seine Hilfsgüter über diesen Grenzübergang nach Syrien. Zielort ist das Städtchen Kafr Takharim, nur wenige Kilometer von der türkischen Grenzmauer entfernt und weit ausserhalb der zwischen Moskau und Ankara vereinbarten Pufferzone. Die Ortschaft hat etwa 55 000 Ein-



Ein Kind schwingt in Idlib eine türkische Fahne während einer Demonstration gegen das syrische Regime. Foto: Aaref Watad (AFP)

wohner, von denen 25 000 aus anderen Landesteilen vertrieben wurden, wie Sara Sutter, die Präsidentin des Kinderhilfswerks Noah, erklärt.

Erst im letzten November hat der Verein aus Pratteln in Kafr Takharim eine Kindertagesstätte eingerichtet, wo unter vielem anderen auch psychologische Hilfe für traumatisierte Mädchen und Buben angeboten wird. Wie grosse Nichtregierungsorganisationen in anderen gefährlichen Krisengebieten – darunter Somalia und der Jemen – arbeitet der kleine Verein Noah in Kafr Takharim ausschliesslich mit einheimischem Personal. Deren aus der Schweiz bezahlte

Löhne stellen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in einer Gegend dar, wo es ausser in der Landwirtschaft kaum Arbeit gibt.

Vor einer Woche sei die am Nordrand des Städtchens ziemlich abgelegene Kindertagesstätte Ziel eines nächtlichen Brandanschlags geworden, erzählt Sara Sutter weiter. Unbekannte hätten ein vergittertes Fenster aufgeschnitten und einen Brandsatz ins Innere geworfen. Das Haus brannte dabei vollständig aus, obwohl sogenannte Weisshelme, eine zivile Rettungsorganisation in den Rebellengebieten, das Feuer am Ende löschen konnten. Wer die

Urheber waren, ist unklar. Es könnte sich um einen Racheakt nach einem lokalen Streit gehandelt haben oder aber um einen Anschlag von radikalen Islamisten, die sich durch die Präsenz eines westlichen, nicht muslimischen Hilfswerks herausgefordert fühlen.

Sara Sutter weiss um die Risiken der Hilfe im Kriegsgebiet Idlib. Bewusst habe sich der Verein Noah eine Ortschaft ausgesucht, wo die in der Region Idlib sonst stark vertretenen Terroristen von Hayat Tahrir al-Sham (HTS) nicht anwesend seien. Hervorgegangen ist HTS aus der Nusra-Front, dem syrischen Zweig von al-Qaida. Kafr Takha-

rim wird hingegen von der sogenannten Sham-Legion kontrolliert, die wiederum Teil der von der Türkei unterstützten Nationalen Befreiungsfront ist. Aus der Sicht von Damaskus und Moskau handelt es sich bei all diesen bewaffneten Gruppen um Terroristen.

Hilfe aus dem Ausland

Druck aus Damaskus und die Anwesenheit islamistischer Bewaffneter sind die Hauptgründe, warum die grossen und bekannten Hilfswerke in der Region Idlib kaum aktiv sind. Aus der Schweiz gibt es neben dem Baselbieter Kinderhilfswerk noch die Berner SyriAid, die vor allem in den

Pufferzone um Idlib



Wer welche Gebiete kontrolliert

- kurdische Truppen
- syrische Regierung
- türkische Armee, Verbündete
- Hayat Tahrir al-Sham
- Rebellen

Grafik: mt

kurdischen Siedlungsgebieten Nordsyriens hilft, in Idlib aber den Wiederaufbau einer durch Luftangriffe zerstörten Schule mitfinanziert. Für das Kinderhilfswerk Noah ist der Brandanschlag nicht der erste Rückschlag, seit es im Jahr 2014 seine Hilfsaktionen in Idlib aufgenommen hat. 2017 wurde das Lager der Organisation zerstört, als ein Flugzeug eine Bombe auf das Spital von Kafr Takharim abwarf. Bei einem anderen Luftangriff war zuvor das Büro von Noah verwüstet worden.

Dass die Vertriebenen in Idlib noch zu essen erhalten, hat auch mit den Hilfslieferungen des World Food Programme der UNO aus der benachbarten Türkei zu tun. Allein im Juli wurden so knapp 550 000 Menschen in Idlib und den angrenzenden Gebieten ernährt. Viele Vertriebene besorgen sich daneben auch Essen, indem sie ihr Hab und Gut verkaufen. Manche erhalten Überweisungen von Verwandten in Europa. Auch syrische Flüchtlinge in der Schweiz unterstützen ihre Familien in Idlib mit Überweisungen in die Türkei. Von dort gelangt das Geld über das traditionelle Hawala-Transfersystem nach Syrien.

Katholische Bischöfe in China brauchen den Segen der KP

Kritiker halten ein neues Abkommen zwischen Rom und Peking für einen Kniefall des Papstes.

Vatikan Eine laute Minderheit, die Ärger kuchen will: So beschreibt Kurienbischof Marcelo Sánchez Sorondo die Kritiker an dem Deal, den der Vatikan und China am Samstag geschlossen haben. Das Abkommen, das die Ernennung der Bischöfe in China regelt, ist auch ein Erfolg seiner Arbeit. Der Chef der Päpstlichen Akademie für Sozialwissenschaften zieht für den Papst in China die Fäden. Und diese sollen noch enger geknüpft werden.

Der Wortlaut der Vereinbarung, die drei Jahre zwischen den beiden Vertragspartnern verhandelt wurde, ist nicht bekannt. Der Sinn ist es aber sehr wohl: Peking anerkennt den Papst als oberste Autorität der katholischen Kirche in China; der Vatikan wiederum gesteht der chinesischen Staatsführung ein Mitspracherecht zu bei der Ernennung der Bischöfe. Normalerweise ist das ein exklusives

Recht des Papstes. Die Kommunistische Partei Chinas lehnte das in der Vergangenheit aber als Einmischung in die inneren Angelegenheiten stets ab.

Vetorecht für den Papst

Durch den inzwischen 60 Jahre andauernden Streit gibt es heute in China Bischöfe, die vom Papst ernannt wurden, und andere, die von Peking eingesetzt sind. Das neue Modell könnte nun so aussehen, wie es die chinesische Staatszeitung «Global Times» einmal skizziert hat: Der Vorschlag für die Nominierung der Bischöfe käme aus den Diözesen, also von der Basis, würde dann zur Begutachtung und allfälligen Nachbesserung Peking unterbreitet, worauf die Personalakte nach Rom geschickt würde. Der Papst hätte demnach das letzte Wort, ein Vetorecht. Missrät die Konsultation, beginnt der Prozess von vorne.

Kritiker halten das Abkommen für einen Fehler. Der emeritierte Kardinal Joseph Zen Ze-kun, der von 2002 bis 2009 Bischof von Hongkong war, bezeichnete den Vatikan als «naiv». Der Deal sei ein «Ausverkauf», so der 86-jährige, der in Shanghai geboren ist. Auch Sandro Magister, der Vatikanexperte des italienischen Nachrichtenmagazins «L'Espresso», hält das Abkommen für einen Kniefall vor dem autoritären Staat: «Wir wohnen einem spektakulären Rückschritt der Kirche bei, sie opfert die Früchte einer jahrhundertelangen Schlacht gegen politische Mächte und für eine autonome Selbstregierung.»

Der Konflikt spaltet die rund 13 Millionen Katholiken in China in zwei Lager: eine vom Staat anerkannte Kirche und eine inoffizielle vatikantreue Untergrundkirche. Aus Angst vor Verfolgung treffen sich viele Gläu-

bige in Privatwohnungen und melden ihre Kirchengemeinden nicht an. Kritiker fürchten, dass die Einigung ein Ende für diese Gruppen bedeutet. Die Annahme, die Spaltung könnte durch das Abkommen aufgelöst werden, halten viele für gänzlich unrealistisch.

Gläubige werden überwacht

Die Lage der Katholiken in China hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Gemeindevertreter werden befragt und unter Druck gesetzt; katholische und protestantische Kirchen, die nicht offiziell registriert sind, werden aufgelöst. In vielen Räumen wurden Kameras montiert, um die Gläubigen zu überwachen. Beobachter sprechen vom härtesten Vorgehen seit über 30 Jahren.

Die papstfreundlichen Kreise wiederum loben das Abkommen als historischen Fortschritt. Der

Kirchenhistoriker Alberto Melloni nennt es in der Zeitung «La Repubblica» einen «grossen Dienst an der Gemeinschaft», auch wenn die Kritiker nun wieder behaupteten, der Papst habe dem Teufel vergeblich. Papst Franziskus hat den Dialog mit China immer vorangetrieben. Er sagte einmal: «Der Dialog ist ein Risiko, aber ich ziehe dieses Risiko der Niederlage vor, die sich unweigerlich einstellt, wenn man sich dem Dialog verwehrt.»

China und der Vatikan wollten in Zukunft gemeinsam gegen den illegalen Organhandel kämpfen, kommentierten chinesische Medien das Abkommen. Die Allianz, so verkündete ein Staatsblatt, werde helfen, das «chinesische Modell» als Vorbild auch in anderen Staaten zu implementieren.

Lea Deuber und Oliver Meiler, Rom

Nachrichten

Umfragewerte für Macron im Sinkflug

Frankreich Präsident Emmanuel Macron wird immer unbeliebter. Nach einer neuen Umfrage waren im September nur noch 29 Prozent der Franzosen mit seiner Arbeit als Staatsoberhaupt zufrieden. Das sind fünf Prozentpunkte weniger als im Vormonat. Seine besten Umfragewerte erzielte Macron mit 62 und 64 Prozent im Mai und Juni 2017, den ersten beiden Monaten seiner fünfjährigen Amtszeit. (sda)

Präsident Ivanov ruft zu Urnenboykott auf

Mazedonien Präsident Djordje Ivanov hat zum Boykott des Referendums über die Änderung des Staatsnamens nächsten Sonntag aufgerufen. Die Umbenennung des Balkanlandes in Nordmazedonien «gefährdet die nationale Identität», begründete er seine Position. Daher werde er an der Abstimmung nicht teilnehmen. (sda)